



12hundert05
12hundert05

Magdeburg - sozial

Geschäftsbericht 2004

Dezernat Soziales, Jugend und
Gesundheit

Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
2005 - Band 2

Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg 2005

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg,
Der Oberbürgermeister
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg,
Der Oberbürgermeister
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
W.- Höpfner- Ring 4
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3240

Fax: (0391) 540 3243

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden bei der Angabe von Berufs- und anderen Bezeichnungen häufig nur die allgemeine bzw. die männliche Form genannt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

Geschäftsbericht 2004

Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit

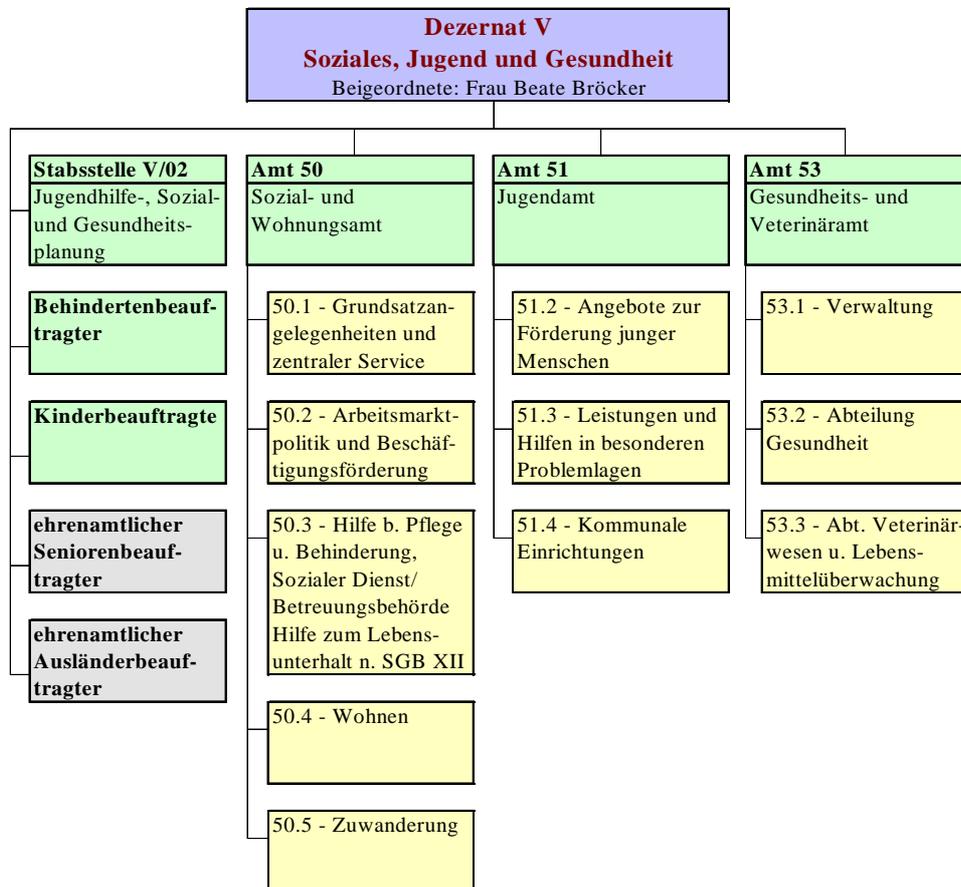
Im Rahmen der Bilanzierung ausgewählter Schwerpunkte der geleisteten Arbeit des Dezernates für Soziales, Jugend und Gesundheit der Landeshauptstadt Magdeburg können im Jahr 2004 wesentliche Prozesse und Veränderungen hervorgehoben werden.

Hierzu zählen insbesondere:

- die Vorbereitungen zur Umsetzung der Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV);
- die Neuorientierung kommunaler Arbeitsmarktpolitik;
- die Umsetzung und Erfüllung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen;
- die Übertragung kommunaler Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft und
- die weitere Optimierung der Verwaltungsstrukturen in den städtischen Verwaltungseinheiten und die Fortsetzung des Verwaltungsreformprozesses.

Die Gesamtpersonalstärke des Dezernates im Stellenplan 2004 lag mit 1138,9 vollzeitverrechneten Stellen um 359,4 Stellen unter dem Stellenplan 2003. Die Inanspruchnahme der personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung durch 265 Mitarbeiter/innen hatten daran einen Anteil von 28,55 Stellen.

Das Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit



Die Schwerpunkte in der Arbeit der Ämter, Stabsstellen und Beauftragten im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit im Rückblick:

Die Arbeit des **Sozial- und Wohnungsamtes** war im Berichtsjahr von verschiedenen gesetzlichen Neuregelungen geprägt.

Ein Aufgabenschwerpunkt im Jahr 2004, der unterschiedliche Bereiche der Stadtverwaltung, in besonderem Maße aber das Sozial- und Wohnungsamt betraf, war die Umsetzung des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ mit dem Ergebnis der Gründung der Jobcenter ARGE GmbH Magdeburg.

In der Landeshauptstadt Magdeburg sind über 30.000 Personen vom Leistungsrecht des SGB II betroffen.

Im Juli 2004 wurde mit Eröffnung der gemeinsamen Anlaufstelle der Landeshauptstadt Magdeburg und der Agentur für Arbeit Magdeburg im City Carré ein erstes Teilziel auf dem Weg zur Gründung der ARGE erreicht. Durch die Stadt konnte die durch

Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Magdeburg eingegangene Verpflichtung zur Entsendung von Personal erfüllt und das laufende Geschäft im Bereich der Gewährung der Hilfen zum Lebensunterhalt weiterhin aufrecht erhalten werden.

Die ARGE Magdeburg konnte termingerecht ihre Arbeit aufnehmen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) erhalten Sozialhilfeempfänger, die nicht gesetzlich krankenversichert sind, von einer frei gewählten Krankenkasse eine Krankenversichertenkarte. Die Krankenkasse erbringt somit in eigener Verantwortung die Leistungen zur Krankenbehandlung nach den gleichen gesetzlichen und leistungsrechtlichen Grundsätzen, die für alle Versicherten einer gesetzlichen Krankenkasse gelten. Die Krankenkosten sowie die entsprechende Verwaltungspauschale werden durch den Sozialhilfeträger an die Krankenkassen erstattet. Insgesamt war dadurch im Bereich Krankenhilfe ein Rückgang der Hilfeempfängerzahl um ca. 70 % zu verzeichnen.

Durch das Gesetz zur Neuordnung der Landesverwaltung traten zum 01.07.2004 wesentliche Änderungen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege in Kraft. Damit ist der überörtliche Sozialhilfeträger für Eingliederungsmaßnahmen und pflegerische Hilfen im ambulanten Bereich zuständig. Der Umfang der Heranziehung durch den überörtlichen Sozialhilfeträger hat sich erhöht. Dem örtlichen Sozialhilfeträger obliegt die volle Entscheidungskompetenz und die ganzheitliche Sachbearbeitung.

Im Bereich Wohngeld trat zum 01.01.2004 eine Gesetzes-Novelle in Kraft. Zum 01.01.2005 ist es zu einer weiteren gravierenden Gesetzesänderung gekommen. Danach werden Empfänger von Transfer-Leistungen (Arbeitslosengeld I und II, Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII) grundsätzlich keinen Wohngeldanspruch mehr haben, sondern Unterkunftskosten über diese Leistungssysteme zu decken sein. Somit wird ab 2005 ein deutlicher Rückgang der Wohngeldempfänger erfolgen.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt, der im Berichtsjahr besonders intensiv behandelt wurde, war die Integration von Migrantinnen und Migranten. Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2003 wurde unter Federführung des Sozial- und Wohnungsamtes und mit Beteiligung aller Akteure (Ämter der Stadtverwaltung, Ausländerbeirat, Ausländerbeauftragter) die Erarbeitung eines fachlich qualifizierten Konzeptes für die Steuerung der Integrationsarbeit begonnen. Eine Fachtagung am 15.12.2004 unter dem Titel „Integration - eine Aufgabe für die Landeshauptstadt Magdeburg“ war ein wichtiger Schritt in dieser Richtung.

Die Verwaltungsreform im Sozial- und Wohnungsamt wurde weitergeführt. Zur Umsetzung des lebenslagenbezogenen Ansatzes wurden die Aufgabenbereiche neu strukturiert. Zum 01.11.2004 wurden die Abteilungen 50.3 (alt) Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie 50.5 (alt) Altenhilfe/Soziale Beratung und Betreuung zusammengeführt zur Abteilung 50.3 (neu) Hilfen bei Krankheit, Pflege und Behinderung einschließlich Pflege- und Wohnberatung und soziale Dienste/Betreuungsbehörde. Damit wurden auch die Sozialarbeiterinnen des ehemaligen Sozialen Dienstes und der Betreuungsbehörde zu einem Bereich zusammengeführt. Die veränderte Struktur schafft Möglichkeiten, das sozialarbeiterische Fachpersonal zu konzentrieren und übermäßige und unnötige Schnittstellen abzubauen.

Im Bereich der Zuwanderer wurden die persönlichen (50.7 -alt) und die materiellen Hilfen (50.25 - alt) in einer Abteilung 50.5 (neu) zusammengeführt.

Weitere Strukturveränderungen gelten ab dem 01.01.2005, die unter anderem den Änderungen durch Hartz IV Rechnung tragen. Danach wird der Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII der neuen Abteilung 50.3 zugeordnet, die Bereiche Wohngeld (50.4 - alt) und Obdachlosenangelegenheiten (50.6 - alt) werden zur Abteilung 50.4 (neu) Wohnen zusammengefasst.

2004 wurde durch die Kommunalwahl in der Landeshauptstadt Magdeburg die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses nach der neuen Satzung des **Jugendamtes** bestätigt. Durch die Aufnahme beratender Mitglieder aus den Arbeitsfeldern *behinderte Kinder, Kinder aus Familien mit einem Migrationshintergrund* und *junge Menschen, die im Jugendforum jugendpolitisch aktiv sind* können wichtige Aspekte der Jugendhilfe im Jugendamt kompetenter hinsichtlich notwendiger Arbeitsfelder bestimmt werden.

Arbeitsfeldübergreifende Schwerpunkte in 2004 waren:

- die Qualifizierung und Fortbildung von Mitarbeiter/-innen der Jugendhilfe,
- die Erarbeitung von Stellungnahmen und die Teilnahme bei zentralen Veranstaltungen des Deutschen Städtetages Berlin zu Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG),
- die Mitwirkung bei der Etablierung der ARGE Magdeburg,
- die Einführung eines Evaluationsverfahren zur Qualitätsentwicklung in Jugendeinrichtungen,
- die Mitwirkung bei der Erarbeitung des Landesbildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen und
- die modulhafte Einführung einer technikunterstützten Software für die Erfassung und Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen.

Arbeitsfeldbezogen ergeben sich schwerpunktmäßig folgende Schlaglichter:

Tagesbetreuungsangebote in Kinderkrippe, Kindergarten, Hort und Tagespflege

Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Tageseinrichtungen haben unterschiedliche religiöse, weltanschauliche und pädagogische Ausrichtungen. Sie erfüllen einen eigenständigen alters- und entwicklungsspezifischen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption. Die Tageseinrichtungen ergänzen und unterstützen die Erziehung in der Familie und ermöglichen den Kindern Erfahrungen über den Familienrahmen hinaus. In den Stadtteilen der Stadt Magdeburg sind diese Einrichtungen keine isolierten Standorte, sondern ermöglichen durch ihre Aktivität im Hinblick auf Öffnungskonzepte, sich allen Bevölkerungsgruppen zuzuwenden und das gesellschaftlichen Leben aktiv mitzugestalten.

137 Kindertageseinrichtungen der freien und des öffentlichen Trägers boten Plätze in Tageseinrichtungen an.

Im Jahr 2004 wurde der Ersatzneubau Kita „Kleiner Rabe“, Bodestraße 3 fertiggestellt und feierlich übergeben. Weiterhin konnten die Kinder der Kita „Am Salbker See“ nach erfolgreicher Sanierung wieder in ihre gewohnte Umgebung zurückziehen.

Zum 01.08.2004 wurden 38 Kindertageseinrichtungen entsprechend der Beschlusslage des Stadtrates an 8 freie Träger übergeben. Im Laufe des Zeitraumes September – Dezember 2004 wurden weitere 4 Einrichtungen übertragen.

Die Tagespflege im §§ 6 und 11 KiFöG ist eine Alternative zur Förderung der Kinder in Tageseinrichtungen. Dieser Anspruch wird durch die Eltern verstärkt – in 2004 mit 37 Plätzen - wahrgenommen.

2004 wurden insgesamt 42,7 Mio. EUR für Kindertageseinrichtungen ausgegeben, davon 16 Mio EUR für Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Angebote für junge Menschen außerhalb von Einrichtungen

Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit werden für Angebote außerhalb von Einrichtungen 55 Träger betreut. Nach der Fachförderrichtlinie des Jugendamtes haben freie Träger der Jugendhilfe in 2004 180 Maßnahmen beantragt und 106.000 EUR erhalten:

Angebote zur Förderung junger Menschen in Einrichtungen

Die Landeshauptstadt Magdeburg verfügt über insgesamt 31 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, 3 Sport- und Spielmobile und einen Abenteuerspielplatz. Die Angebote werden vorgehalten von 21 freien Trägern der Jugendhilfe und dem öffentlichen Träger.

Die Einführung von Leistungsverträgen ermöglicht eine grundsätzlich neue Form der Steuerung der Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg. Qualitative und quantitative Aspekte der zu erbringenden Leistung können stärker als bisher in die Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit einfließen.

Angebote der Jugendsozialarbeit

Insgesamt wurden Angebote der Jugendsozialarbeit im Jahr 2004 mit 385.000 EUR gefördert:

- Projektabschluss „Mädchen nach innen – Jungen nach rechts?“
- Modellprojekt Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)
- Reintegrationsklasse mit besonderem Hortangebot
- sozialpädagogische Begleitung im Rahmen des Jugendwohnens
- „Magdeburger Jugendnetz für Arbeit und Zukunft“
- Jugendwerkstätten öffentlicher und freier Träger.

Angebote für Familien

Durch das Jugendamt wurden zwei Familienbildungsmaßnahmen mit ca. 10.000 EUR gefördert. Dabei wurde Familien in besonderen Problemlagen die Möglichkeit geboten, Handlungskompetenzen zur Gestaltung des innerfamiliären Zusammenlebens zu erwerben oder aufzubauen.

Familienbildung steht aufgrund der vielfältigen demographischen, gesellschafts- und familienstrukturellen Entwicklungen zahlreichen Herausforderungen gegenüber.

Mit einer Fördersumme von rund 69.000 EUR wird die Familienbegegnungsstätte „Gorkier Hof“ insbesondere den Besonderheiten des Stadtteils Neu Olvenstedt gerecht.

Für die Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstelle sind 640.000 EUR aufgewendet worden.

Leistungen und Hilfen in besonderen Problemlagen

Schwerpunkte für Leistungen und Hilfen in besonderen Problemlagen ergaben sich in 2004 insbesondere für:

1. die Qualifizierung der Hilfeplanung und die Entwicklung eines Qualitätshandbuchs mit dem Schwerpunkt, Hilfen in besonderen Problemlagen von Anfang an zu gewährleisten.
2. die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen zur Absicherung des Schutzes von Kindern gegen Gewalt.
3. die Gewinnung und Qualifizierung von Pflegeeltern, die Kinder aus anderen Familien zeitweise aufnehmen.
4. die Einführung der Prüfung von Rechtsansprüchen aus dem Kinderförderungsgesetzes sowie der Prüfung des Bildungs- und Betreuungsbedarfes von Kindern aus Gründen der Hilfe zur Erziehung in einer Kindertageseinrichtung.

Gender Mainstreaming

Im Rahmen des Gender Mainstreaming ist ein Perspektivwechsel für die Jugendhilfe in Magdeburg zur strukturellen Veränderung in vielen Bereichen erfolgt. So ist z. B. die Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse ein selbstverständliches Element in fast allen Konzepten. Darüber hinaus werden in vielen Einrichtungen Mädchen- und Jungenprojekte angeboten wie z. B. in der Happy Station der Caritas gesonderte Veranstaltungsreihen für Mädchen und Jungen über das ganze Jahr oder in der Einrichtung Knast des evangelischen Kirchenkreises das Projekt „Weiberkram“.

Die Kinderärzte im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des **Gesundheits- und Veterinäramtes** untersuchten im Jahr 2004 in gesetzlich vorgeschriebenen Jahrgangsuntersuchungen insgesamt 2.805 Kinder im Alter von 4 bis 17 Jahren. Bei über 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen mussten Überweisungen zu Fachkollegen ausgestellt werden, da sich Impfücken, ungeklärte Befunde oder Erkrankungen ergaben. Der Rückgang der Untersuchungszahlen ist durch den Generationswechsel bei den Kinderärzten begründet; zeitweise konnte nur ein Arzt untersuchen.

Die vom Land anerkannte Schwangerenkonfliktberatungsstelle für Schwangere/Mutter und Kind führte im Jahr 2004 101 kostenlose Kurse mit 1.766 Teilnehmern zu verschiedenen Themen wie Schwangerschaft, Geburt, Säuglingspflege, Pubertät und Sexualität statt. Ziel ist ein Ausbau der Präventionsarbeit, um gesundheitliche Gefahren von Mutter und Kind insbesondere durch soziale Belastungen abzuwenden.

Die Seuchenhygiene des Gesundheits- und Veterinäramtes hatte mit der sich seit Ende 2003 in Asien ausbreitenden Vogelgrippe-Epidemie des Subtyps H5N1 im ersten Quartal 2004 einen hohen Aufwand an laufender fachlicher Aufarbeitung, an Überwachungsfunktion bei Reiserückkehrern aus Asien und an Beratungstätigkeit für Bürger, Krankenhäuser und Ambulanzen.

Im Bereich Umwelthygiene war auch im Jahr 2004 die Überwachung der Trinkwasserqualität in öffentlichen Einrichtungen entsprechend der neuen Trinkwasserverordnung besonders arbeitsintensiv. Hierfür müssen alle Trinkwasserinstallationen, aus denen Wasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird, regelmäßig untersucht werden. Dazu waren 531 Trinkwasserprobenahmen erforderlich und 377 Trinkwasserleitungen konnten freigegeben werden.

Im Bestattungswesen lag der Schwerpunkt der Arbeit in der ersatzweisen Ausübung der Bestattungspflicht gem. § 14 Abs. 2 des Bestattungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Dabei handelt es sich um Bestattungen, bei denen die Verstorbenen keine Angehörigen haben oder diese ihrer Bestattungspflicht nicht nachkommen. Im Berichtsjahr 2004 wurden 119 Fälle bearbeitet. Dies bedeutet eine Steigerung um 40 % zum Jahr 2003. Von besonderer Bedeutung war dabei die Sicherung der Einnahmen für verauslagte Bestattungskosten von Angehörigen und Institutionen.

Bei der STD- Beratung (sexuell übertragbare Krankheiten) hat sich im Vergleich zum Jahr 2003 die Zahl der Neuzugänge und Klientenberatungen erhöht. Erstmals wurden Veranstaltungen im Rahmen der Primärprävention für Jugendliche zusätzlich angeboten.

Das Begutachtungswesen hatte eine erhebliche Zunahme von Hausbesuchen anlässlich der Begutachtung von immobilien Patienten zu verzeichnen.

Vom Sozialpsychiatrischen Dienst wurde in 317 Fällen eine vorläufige Unterbringung gemäß §§ 13/15 PsychKG LSA wegen einer akuten Eigen- und/oder Fremdgefährdung eingeleitet. Eine Verlängerung der Unterbringungsmaßnahme gemäß § 14 PsychKG LSA war für 70 Personen erforderlich.

Die Lebensmittelüberwachung führte im Rahmen des vorbeugenden Verbraucherschutzes und zum Schutz der Verbraucher vor Irreführung und Täuschung 4588 Überprüfungen in 2057 Betrieben durch. 1198 Lebensmittelproben wurden entnommen und im Landesamt für Verbraucherschutz untersucht (u. a. mikrobiologisch, sensorisch und chemisch).

An den Wochenenden in der Pilzsaison 2004 berieten ehrenamtliche Pilzsachverständige im Gesundheits- und Veterinäramt in der Lübecker Straße 32 ratsuchende Pilzsammler. Aussortiert wurden 377 Fruchtkörper von Giftpilzarten, insbesondere vom Grünblättrigen Schwefelkopf, vom Kahlen Krempling, vom Karbolchampignon und vom Tannenflämmling. In drei Fällen des Verdachtes auf Pilzvergiftung wurden die Pilzsachverständigen zur Abklärung hinzugezogen.

Die seit 2003 dem Veterinärwesen zugeordnete Aufgabe der Futtermittelüberwachung erforderte 2004 die amtliche Entnahme von Futtermittelproben bei den in der Landeshauptstadt Magdeburg ansässigen 3 Herstellern, 3 Lagerbetrieben, 8 Handelsbetrieben und 15 Tierhaltern. Gemäß den Anordnungen zur Untersuchung sind 2004 insgesamt 68 Proben einem Untersuchungsverfahren unterzogen worden. Lediglich ein Untersuchungsergebnis ergab 2004 Anlass zu Nachuntersuchungen.

Mit 1.523 Tieren stieß das städtische Tierheim in der Rothenseer Straße auch im Jahr 2004 zeitweilig an die Grenzen seiner Aufnahmekapazität und musste Tiere in Tierheime der Umgebung abgeben. Vor allem für Hunde mussten Plätze in privaten Tierpensionen angemietet werden. Im Tierheim waren 529 Hunde, 696 Katzen, 150 Vögel, 123 Nager und 25 sonstige Tiere untergebracht.

Als Leitlinie, Auftragstellung und Zielsetzung arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten wurde durch den Stadtrat das durch die **Stabsstelle Arbeitsmarktpolitik** „Arbeitsmarktpolitische Programm 2004 der LH Magdeburg“ (Beschluss-Nr. 107-2 (IV) 04) verabschiedet.

Das im Jahr 2003 aufgelegte Programm „Zusätzliche Instandsetzungsmaßnahmen an Schulen mit Vergabe- AFM 2002 – 2004“ auf der Grundlage des mit dem Job-AQTIV-Gesetzes neu eingeführten Instrumentes „Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung (BSI)“ wurde erfolgreich beendet.

In Umsetzung der Leitlinien europäischer Beschäftigungsstrategie wurde 2004 unter maßgeblicher Mitwirkung der LH Magdeburg, als einem strategischen und moderierenden Partner, im Zusammenwirken mit der Agentur für Arbeit, umliegenden Landkreisen und sieben wirtschaftsnahen Bildungs- und Beschäftigungsträgern die EQUAL „Partnerschaft Aufstieg“ weitergeführt, mit dem Ziel der Beseitigung von Ungleichheiten und Diskriminierungen am Arbeitsmarkt durch Entwicklung der Region Magdeburg zu einem Wissens-, Bildungs- und Wirtschaftsstandort. Durch

- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Förderung der Anpassungsfähigkeit Beschäftigter aus Unternehmen,
- Förderung von Asylbewerber/innen,
- Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männer und
- Entwicklung des Unternehmergeistes

sollen bis Mitte des Jahres 2005 über 500 Arbeitslose wieder eine Chance zur Integration in das Berufsleben erhalten. Der transnationale Projektbaustein „FIT for Integration“ vergleicht die Ergebnisse mit definierten Partnern in Österreich und Frankreich. Dazu fanden 2004 drei Transnationale Treffen der Projektpartner in Rennes - Frankreich (April), Linz - Österreich (Juni) und Zavadka - Slowakei (Oktober) statt.

In Umsetzung einer Aufforderung der Europäischen Kommission zur Einreichung von Projektvorschlägen zu „Lokale Beschäftigungsstrategien und Innovation“ wurde am 30.01.2003 der Kommission einen Projektantrag mit dem Titel „Lokales Arbeitsmarktmanagement-Ressourcenmobilisierung (LAM)“ angeboten. Ziel dieser Entwicklungspartnerschaft ist die strategische Aufbereitung und mittelfristige Fachkräftebedarfsdeckung des örtlichen Arbeitsmarktes. Die Entwicklungspartnerschaft (EP) hat die volle Arbeitsfähigkeit erreicht.

Am 24.03.2004 wurde die Eröffnungskonferenz unter dem Motto „Regionale Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie“ gemeinsam mit der regionalen Entwicklungsgemeinschaft „Partnerschaft Aufstieg“ – einem Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL erfolgreich durchgeführt.

Der 1. Workshop fand am 07.07.2004 als internationale Veranstaltung unter Federführung des Projektes L.I.S.A Burgenlandkreis in Brüssel statt. Da beide Projektpartner in Sachsen-Anhalt angesiedelt sind, war die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor allem unter dem Gesichtspunkt des Informationsaustausches gedacht.

Am 25.10.2004 wurde ebenfalls gemeinsam mit der regionalen EP „Partnerschaft Aufstieg“ (EQUAL) ein 2. Workshop durchgeführt, in dem es vorrangig um die Präsentation und Diskussion der bisher erzielten Ergebnisse ging.

Beginnend ab 10.03.2004 hat das Ministerium für Wirtschaft/Arbeit das Rahmenprogramm zur Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene regionalisiert und

somit die Budgetbewirtschaftung einschließlich Bescheidung und Prüfung der Schlussabrechnung den Landkreisen/kreisfreien Städten übertragen.

Durch die LH Magdeburg wurden aus ESF-Mitteln für 149 arbeitsförderliche Maßnahmen mit 718 AN eigenverantwortlich Bescheidungen vorgenommen, die für 2004 ein Volumen von 699.841 EUR und für 2005 ein Volumen von 313.364 EUR umfassen.

Zur Sicherung eines im öffentlichen Interesse liegenden Projektinhaltes und zur Aktualität der Förderkriterien - ganz besonders im Hinblick auf die Reformen am Arbeitsmarkt - wurden durch die Stabsstelle Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit dem Sozial- und Wohnungsamt und der Agentur für Arbeit Magdeburg am 02.09.04 eine Trägerkonferenz zum Komplex „Reformen am Arbeitsmarkt - Hartz IV - Lösungsansätze in der LH Magdeburg ab 2005“ durchgeführt. Das Ziel bestand in der Information und Gewinnung der Träger zur intensiven Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen für Arbeitslosengeldbezieher (ALG II).

Bis zu 189 Träger sind in der LH Magdeburg arbeitsförderlich aktiv und erhalten z. T. einen Projektzuschuss durch die LH Magdeburg. Insgesamt waren 131 Personen in 33 ABM, 28 SAM und 4 sonstigen Projekten beschäftigt.

Die Aktivitäten zur kommunalen Arbeits- und Beschäftigungsförderung der kommunalen Beschäftigungsgesellschaften AQB (gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung) und GISE (Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung) zeigen die nachfolgenden Übersichten.

*	ABM		SAM		NAM		Fachkräfte		Sonderprojekte	
	Anzahl Beschäftigte		Anzahl Beschäftigte		Anzahl Beschäftigte		Anzahl Beschäftigte		Anzahl Beschäftigte	
AQB	28	285	46	204	1	89	1	6	8	290
GISE	23	326	35	214	1	71	1	7	8	348

*durchschnittl. Anzahl und Beschäftigtenzahl

Von den in laufenden Maßnahmen der Arbeitsförderung per 31.12.2004 beschäftigten Personen waren:

	männlich	weiblich	schwervermittelbar	darunter: schwerbehindert	männl. über 50 J	weibl. über 50 J	Jugendl. unter 25 J	Langzeitarbeitslos
AQB	54,2 %	45,8 %	98,6 %	1,0 %	25,0 %	20,9 %	14,8 %	74,9 %
GISE	63,9 %	36,1 %	88,2 %	3,9 %	31,5 %	16,4 %	17,3 %	65,3 %

Zur Unterstützung der Maßnahmen „Hilfe zur Arbeit“ des Sozialamtes wurden in beiden Gesellschaften durchschnittlich 157 SozialhilfeempfängerInnen/Monat über Mehraufwandsvergütung bis 100 h/Monat beschäftigt.

Im Jahr 2004 konnten folgende arbeitsmarktpolitische Ergebnisse erzielt werden:

AQB	ABM/ SAM	Quali- Maßnahme	NAM/ ESF	Hilfe zur Arbeit	Sonder- Projekte -	Gesamt
➤ Arbeitsaufnahme auf dem 1. Arbeitsmarkt aus:	21	15	13	20	30	99
➤ Vermittlung von Praktikumsplätzen in die Wirtschaft aus:	455	106	130	15	125	831
➤ Vermittlung in Bildung bzw. Umschulung aus:	1	2	3	24	15	45

GISE	ABM/ SAM	Quali- Maßnahme	NAM/ ESF	Hilfe zur Arbeit	Sonder- Projekte -	Gesamt
➤ Arbeitsaufnahme auf dem 1. Arbeitsmarkt aus:	17	2	3	4	32	58
➤ Vermittlung von Praktikumsplätzen in die Wirtschaft aus:	285	0	27	36	16	364
➤ Vermittlung in Bildung bzw. Umschulung aus:	1	61	7	1	41	111

Ab 01.10.04 wurden durch die GISE Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosenhilfebezieher/innen geschaffen (Initiative zur Beschäftigung von Arbeitslosenhilfe-Beziehern - IBA). Im Rahmen von sechs Projekten wurden bis 31.12.04 durch 298 Arbeitnehmer zusätzliche Arbeitsaufgaben im kommunalen Bereich realisiert.

Die kommunale Arbeitsförderungs- und Weiterbildungsberatung wurde im Jahr 2004 durch 856 ratsuchende, überwiegend arbeitslose, Bürger in Anspruch genommen. Sie ließen sich Möglichkeiten zur Reintegration, zur Erhöhung ihrer arbeitsmarktbezogenen Vermittlungsfähigkeit und zur beruflichen Neuorientierung aufzeigen. Die Beratung erfolgte individuell oder gruppenweise. Nahezu 60 % aller Ratsuchenden waren über 45 Jahre und zum Zeitpunkt arbeitslos.

Die kommunale Weiterbildungsberatung wurde zum 31.12.2004 eingestellt.

2004 wurden durch die Stabsstelle **Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung** besonders folgende Projekte und Schwerpunkte bearbeitet:

Im Rahmen der Planung der *sozialen Infrastruktur* standen besonders

- die langfristige Standortplanung von Kindertageseinrichtungen in den Stadtteilen Kannenstieg, Sudenburg, Buckau, Fernersleben, Salbke und Westerhüsen
- die Erarbeitung von Grundlagen zur langfristigen Entwicklung der Einrichtungen der Jugendhilfe im Rahmen des Stadtumbaus
- die Prüfung der Mietsituation freier Träger im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit bezüglich der Möglichkeiten einer Reduzierung von Mietkostenförderung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- die Erarbeitung der Organisationsstruktur und der Prozessabläufe für das Jobcenter Magdeburg und die Begleitung des Verfahrens im Rahmen der Umsetzung der ARGE Magdeburg (Landeshauptstadt Magdeburg und Agentur für Arbeit Magdeburg)
- die Analyse und Definition von Standards zur Wohnsituation älterer und behinderter Menschen in Magdeburg (für die Erstellung eines Wohnungsübersicht im „Wegweiser für Senioren und Menschen mit Behinderung“, der Anfang März 2005 erschienen ist)
- die Erarbeitung von Grundlagen für die Konzeption generationsübergreifender Arbeit und deren infrastruktureller Auswirkungen im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit im Vordergrund.

Die Fortsetzung der Arbeit zum Aufbau einer *interdisziplinären Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsberichterstattung* über soziale Entwicklungen der Magdeburger Bevölkerung wurde zunächst von der Beteiligung an dem Forschungsprojekt „Gesundheit als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen (Gesundheits-) Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“ beeinflusst. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist eine von zehn Mitgliedsstädten des deutschen Gesunde-Städte-Netzwerkes, die aus den neuen Bundesländern am Forschungsprojekt beteiligt sind. Dabei wird jede teilnehmende Stadt einen Bericht erstellen, der mit den beteiligten Partnerstädten vergleichbar ist. Das Ergebnis fließt in die Berichterstattung der Landeshauptstadt Magdeburg ein.

Das Bundesprogramm „*Lokales Kapital für soziale Zwecke*“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt bis 2006 Kleinstvorhaben in den Fördergebieten aus der Bund-Länder-Vereinbarung „Die Soziale Stadt“ bzw. seiner komplementären Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Die Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung hat dabei die Funktion der lokalen Koordinierungsstelle für Magdeburg. 2004 wurde der Stadtteil Neu Olvenstedt neu in das Programm aufgenommen, im Stadtteil Neustädter Feld wird die Projektförderung weitergeführt. Insgesamt werden in diesem Förderzeitraum bis 30.06.2005 zwanzig Mikroprojekte in den beiden Stadtteilen gefördert, welche soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktivieren, die durch zentrale Programme wie die Regelförderung des Europäischen Sozialfonds nicht erreicht werden.

Zur Verbesserung der *Versorgung psychisch Kranker und seelisch behinderter Menschen* trafen sich die Mitglieder der fünf Fachausschüsse der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Magdeburg zu 32 Arbeitsberatungen. Schwerpunkte waren dabei die Organisation und Durchführung des „2. Tages der seelischen Behinderung“ in der Johanniskirche sowie die Etablierung eines Hilfeplanverfahrens für Menschen mit psychischer Erkrankung.

In den Hilfeplankonferenzen stellten sich 36 Klientinnen und Klienten vor, die aufgrund ihrer psychischen Erkrankung eine Eingliederungshilfe erhielten. Allen Empfehlungen der Hilfeplankonferenzen wurde vom Land Sachsen-Anhalt – als Kostenträger der Maßnahmen – entsprochen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg sowie Vertreter von Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Kirchen und Initiativen haben am 22. November das *Magdeburger Bündnis für Familien* gegründet. Die Schirmherrschaft hat Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper übernommen. Magdeburg ist bundesweit die 100. Kommune, die ein lokales Familienbündnis gegründet hat. In der Gründungsveranstaltung entstanden 15 Projektideen, die zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten und Maßnahmen helfen sollen, die Lebenssituation von Familien in Magdeburg zu verbessern.

Im Jahr 2004 erfolgte eine konzeptionelle Neuorientierung der Arbeitsgruppe Ehrenamt der Landeshauptstadt Magdeburg zur Arbeitsgruppe „*Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement*“.

Die Stadtverwaltung koordiniert das Netzwerk. Aufgabenschwerpunkte sind:

- die Initiierung und Koordinierung von Projekten mit zentraler Bedeutung
- Öffentlichkeitsarbeit zum bürgerschaftlichen Engagement
- die Erfassung von bürgerschaftlichen Aktivitäten sowie die Organisation des Erfahrungsaustausches zu Fragen und Problemen, die sich in der täglichen Arbeit mit bürgerschaftlich Tätigen ergeben

Erstes Projekt des „Magdeburger Netzwerkes bürgerschaftliches Engagement“ war die Ausstellung „Bürgerschaftliches Engagement in Magdeburg“, die am 9. Dezember 2004 im Rahmen einer Tagung des Netzwerkes durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg eröffnet wurde.

2004 waren in der Landeshauptstadt Magdeburg 19 *Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit* aktiv. Durchschnittlich alle acht bis zehn Wochen trafen sich mehrere hundert Vertreter aus Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Bürgerinitiativen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zu den Arbeitsgruppensitzungen. Schwerpunkte der Arbeitsgruppensitzungen waren 2004 vor allem die Stadtteilentwicklung, der Stadtumbau Ost, die Verkehrssicherheit sowie Ordnung und Sauberkeit. Zehn Arbeitsgruppen nahmen an der Aktion „Magdeburg putzt sich“ teil.

Höhepunkte der Gemeinwesenarbeit war unter anderem die Teilnahme der Arbeitsgruppen an der Messe „Leben 2004“ und an der Ausstellung „Moderne Stadt, moderner Staat – Bürgerkommune Magdeburg?“. Dabei stellten die Arbeitsgruppen ihr Engagement für den jeweiligen Stadtteil vor und zeigten Ergebnisse ihrer „Mach mit“-Projekte.

Zur Unterstützung der 107 Stadtteilprojekte im gesamten Stadtgebiet standen den Stadtteilakteuren rund 40.000 Euro aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit zur Verfügung.

Die Koordination für die Umsetzung des **Gesunden Städte-Netzwerkes**, dem Magdeburg seit 2003 angehört, wird von der Koordinatorin im **Dezernat V** wahrgenommen. Folgende Arbeitsstrukturen wurden für die Realisierung der verschiedenen Aufgaben eingeführt:

- Koordinator der Initiativen (Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfefzusammenschlüsse)
- Koordinatorenrunde (Stadtverwaltung und Initiativen, Koordinatoren der Arbeitsgruppen)
- Arbeitsgruppen, Gesunde Städte Büro, Planungswerkstatt, Gesundheitskonferenz

Bereits 2003 wurden die Arbeitsgruppen

- AG Bewegung
- AG Gesundheitskompetenz
- AG Soziale Integration
- AG Umwelt
- AG Evaluation

unter dem gemeinsamen Motto „Bewegte Stadt Magdeburg - Stadt in Bewegung“ gebildet, in denen Mitarbeiter verschiedenster Arbeitsbereiche wie z. B. der Hochschule Magdeburg-Stendal, der Otto-von-Guericke-Universität, der Stadtverwaltung, der Selbsthilfegruppen, freier Träger, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Städtischen Volkshochschule oder der Verbraucherzentrale zusammenarbeiten, um Projekte anzuregen und zu begleiten und Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Projekte zu analysieren und zu verbessern.

Im Juni 2004 fand die erste Gesundheitskonferenz in Magdeburg statt. Sie bestand aus einer öffentlichen Fachtagung im AOK-Gesundheitszentrum und einem Aktionstag für Gesundheit im Elbauenpark.

Die Gesundheitskonferenz ist das Bindeglied zwischen der Arbeitsebene und den Entscheidungsträgern. Sie dient der fachlichen Aufarbeitung projektbezogener Themen und soll für die zukünftige Arbeit der Planungswerkstätten bzw. Arbeitsgruppen richtungsweisende Funktion haben.

In den Planungswerkstätten beraten alle Kooperationspartner über die Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit und bilden die Grundlage für die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen.

Auch im Jahr 2004 gab es zahlreiche Aktivitäten der **Kinderbeauftragten** zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik der Landeshauptstadt Magdeburg.

Am 06.03.04 lud der Oberbürgermeister und der Vorsitzende des Stadtrates zur *3.Sitzung „Jugend im Stadtrat“* in die Aula der Volkshochschule Magdeburg ein. Diese Veranstaltung wurde durch die Kinderbeauftragte in Zusammenarbeit mit der Initiativgruppe des Jugendforums intensiv vor- und nachbereitet.

Über 50 Kinder und Jugendliche nahmen an dieser Sitzung teil und diskutierten insgesamt 9 Anträge. Nach ausführlichen Beratungen in den Fachausschüssen des Stadtrates wurden u.a. folgende konkrete Ergebnisse erzielt:

- Dachsanierung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „OASE“ im Sommer 2004
- Bereitstellung von zusätzlichen Fahrradständern in der BBS III
- Planung einer Imagekampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der KJFE
- Das Jugendforum ist seit November 2004 beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss mit Rede- und Antragsrecht.

Der *Konstituierung des Jugendforums* am 18.03.04 folgte Anfang April die feierliche *Einweihung der Büro- und Beratungsräume*, die durch das Jugendamt bereit gestellt wurden, in der KJFE „OASE“. Zwei Mitarbeiter begleiten und beraten die jungen Menschen sehr engagiert im Rahmen einer AB-Maßnahme.

Die Geschäftsstelle ist der Kinderbeauftragten zugeordnet.

Durch das Jugendforum und die Kinderbeauftragte wurden u.a. folgende Veranstaltungen und Projekte geplant, durchgeführt bzw. mit unterstützt:

Im Vorfeld der Kommunalwahl fand am 02.06.2004 in Kooperation zwischen dem Stadtjugendring, der Start gGmbH, dem Medientreff „Zone“ und dem Jugendforum die *Aktion „Wa(h)l-Watching“* statt. Zahlreiche Kinder und Jugendliche hatten sich mit den Wahlprogrammen einzelner Parteien auseinander gesetzt und Wahlprüfbausteine erarbeitet. In einer Talkrunde auf

dem Ulrichplatz stellten sich Kandidaten/innen der Parteien den Fragen der Jugendlichen und erörterten ihre kommunalpolitischen Ziele.

Das Jugendforum ist eingebunden in das von der EU geförderte Projekt „*Netzwerkstatt*“. Ziel dieser Initiative ist die Vernetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekten in Leipzig, Dresden, Halle und Magdeburg.

Im Rahmen des Stadtnetzwerkes beteiligten sich über 50 Mädchen und Jungen vom 24.09.-26.09.04 in Magdeburg an einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Besondere Resonanz erfuhr das „Politikercafé“. Hier kamen die Jugendlichen in angenehmer Atmosphäre mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch und diskutierten mit ihnen aktuelle Themen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wurde aus über 300 Kommunen der gesamten Bundesrepublik neben 42 anderen Städten und Gemeinden für das von der *Bertelsmann-Stiftung* initiierte Projekt „*mitWirkung*“ ausgewählt.

Schwerpunkt dieses Projekts, das von UNICEF, dem Deutschen Kinderhilfswerk und der Universität Zürich unterstützt wird, ist eine groß angelegte wissenschaftliche Studie über die gegenwärtige Partizipationssituation in Deutschland. Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 18 Jahren werden zu ihren Beteiligungswünschen und -möglichkeiten in der Familie, in der Schule und in der Kommune befragt. Darüber hinaus beteiligen sich an der Befragung auch Lehrer/innen, Schulleiter/innen und Vertreter/innen aus der Kommunalverwaltung. Die Koordinierung des Projekts in Magdeburg erfolgt durch die Kinderbeauftragte.

Um die Situation für die ca. 28.000 Menschen mit Behinderung in Magdeburg zu verbessern setzte sich der **Behindertenbeauftragte** ein. Das betraf sowohl rechtliche Fragen als auch das Engagement zum Abbau von Barrieren in der Öffentlichkeit.

Wie in den Vorjahren wandten sich behinderte Bürger und Angehörige der Landeshauptstadt Magdeburg mit Hinweisen und Problemen an den Behindertenbeauftragten, wobei weniger Einzelfälle gezählt wurden als in den Vorjahren.

Dabei standen wiederum die folgenden Schwerpunkte im Vordergrund:

- Fragen des Schwerbehindertenrechts (SB-Ausweise, Widerspruchsverfahren u.a.)
- Probleme mit Trägern der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung bzw. der Sozialhilfe (Beantragung oder Verweigerung von Hilfsmitteln, EM-Renten, Pflegestufen, Sozialhilfeleistungen u.a.)
- Suche nach barrierefreiem oder behinderungsgerechtem Wohnraum
- Suche nach einem Arbeitsplatz, Angst vor Kündigung, vereinzelte Mobbingfälle
- Parkplatzprobleme und Parksonderberechtigungen
- allgemeine Anfragen zu Menschen mit Behinderungen, statistische Hintergrundinformationen u.ä. für Schüler, Studenten und Medienvertreter

Die AG Behinderte, die als Forum von Betroffenen und Mitarbeitern der Verwaltung vielfältige Hinweise und Anregungen gibt, tagte im Jahr 2004 turnusgemäß viermal. Inhaltliche Schwerpunkte waren dabei:

- Verbesserung der Barrierefreiheit im ÖPNV (barrierefreier Zugang zu Haltestellen und Fahrzeugen der MVB.)
- Defizite hinsichtlich Barrierefreiheit von Wahllokalen (Europa- und Kommunalwahlen 2004)
- soziale Auswirkungen der Gesundheitsreform und der Hartz-Gesetze auf Menschen mit Behinderungen
- Einführung des SGB II und des SGB XII ab 2005
- Fortsetzung des Meinungsaustauschs mit den Stadtratsfraktionen nach der Kommunalwahl
- Erarbeitung einer „Dringlichkeitsliste“ langfristig umzusetzender Verbesserungen der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt, die Anfang 2005 dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat unterbreitet wird (DS0009/05).

Verschiedene Verbesserungen hinsichtlich Barrierefreiheit konnten 2004 erreicht werden. So wurden z. B. einige Straßenbahnhaltestellen verändert, mehrere Ampelanlagen wurden mit akustischer Signalisierung ausgestattet, die Elbe-Schwimmhalle wird nach Abschluss der Rekonstruktion barrierefrei gestaltet sein und im Bürgerbüro Mitte wurde die Zugänglichkeit für behinderte Menschen teilweise verbessert.

Gemeinsam mit Vertretern der AG Behinderte beteiligte sich der Behindertenbeauftragte auch an der Planung der Rathauskonstruktion, zu Straßenbauvorhaben und Radweggestaltungen.

Der „Stadtführer für behinderte Menschen“ auf der Homepage der Landeshauptstadt wurde vom Behindertenbeauftragten in begrenztem Umfang aktualisiert. Er bedarf einer ständigen Überarbeitung und Ergänzung, um auf vielfältige Veränderungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Arbeitsschwerpunkte des **Ausländerbeauftragten** lagen wie in den Vorjahren im Abhalten von Sprechstunden, in der Abgabe von Stellungnahmen zu ausländerrelevanten Themen und der Kontaktpflege mit der Migrationssozialarbeit und der Teilnahme an Seminaren und Fachtagungen. So nahm er neben der regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des Ausländerbeirates und des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit, in denen er beratendes Mitglied ist, auch an der Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden am 18./19. Mai 2004 in Berlin sowie der Internationalen Konferenz der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg vom 14. bis 16. Mai 2004 teil.

Am 12.09.2004 fand in Magdeburg die Ausländerbeiratswahl statt. der neue Ausländerbeirat besteht aus 7 Mitgliedern aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Ihnen kommt eine wichtige Rolle bei der Integration der hier lebenden Ausländer und ihrer Partizipation an der Gesellschaft zu.

Die Erfahrungen aus vielerlei Projekte und Initiativen in Magdeburg und anderswo zeigen, dass Integrationsmaßnahmen oder Präventionskonzepte mit Migrantinnen nur dann Erfolg versprechend sind, wenn muttersprachliche bikulturelle „Keypersons“ in die Arbeit integriert werden.

Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit

Ausgewählte Leistungen 2002 - 2004

Ausgewählte Leistungen	2002	2003	2004
Sozialhilfe			
Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12. d. J.	12.651	13.249	13.887
Empfänger von Sozialhilfe in Einrichtungen am 31.12. d. J.	989	1.051	1.171
Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen am 31.12. d. J.	3.807	4.213	2.071
Gezahlte Sozialhilfe aus dem Haushalt der LH Magdeburg in Tsd. Euro	36.739,9	38.911,8	37.141,4
Wohngeld			
Wohngeldempfang-Haushalte im Jahresdurchschnitt	9.640	10.436	9.999
Gezahlte Wohngeldleistungen in Tsd. Euro	12.025,9	11.770,9	11.927,8
Sozialer Dienst			
Betreute Klienten	2.688	2.335	1.795
Individualberatungen	8.707	7.292	7.408
Durchgeführte Hausbesuche	7.157	5.394	4.985
Mietschuldnerberatung			
Neuzugänge an Beratungsfällen	1.083	1.185	1.227
Mietschuldenübernahmen nach § 15 a BSHG in Tsd. Euro	147,7	192,7	188,8
Spätaussiedler			
Aufgenommene Personen in den kommunalen Übergangunterkünften	291	219	191
Ausländische Flüchtlinge			
Aufgenommene Personen in den kommunalen Übergangunterkünften	1.143	1.330	1.147
Obdachlosenhilfe			
Anzahl der Übernachtungen in städtischen Obdachloseneinrichtungen	19.930	24.393	29.478

Ausgewählte Leistungen	2002	2003	2004
Tagesbetreuung von Kindern (Stand Dezember d. J.)			
bis 3 Jahre	2434	2449	2495
3J. bis Schuleintritt	4431	4642	4803
Hortkinder	3262	3276	3422
gesamt	10127	10367	10720
Ambulante und teilstationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Soziale Gruppenarbeit	3	5	3
Erziehungsbeistandschaften	24	20	22
Sozialpädagogische Familienhilfe	51	49	64
Tagesgruppe	53	41	34
Stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Mutter-Kind-Wohnen	8	6	7
Vollzeitpflege	193	196	207
Heimerziehung	227	219	228
Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte	9	6	9
Hilfen für junge Volljährige	38	29	23
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	1	3	3
weitere Hilfen für Kinder und Jugendliche			
Unterhaltsvorschuss	1975	1945	2069
Kontakte mit straffällig gewordenen Jugendlichen	1301	1295	1405
Pflegekinderdienst	128	168	207
Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	280	229	184
Inobhutnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge	35	49	18
Amtsärztlicher Dienst			
Amtsärztliche Gutachten	182	176	167
Gesundheitszeugnisse	172	384	199
Reisemedizinische Impf- und Beratungsstelle			
Reise- und Impfberatungen	3598	1442	1006
Impfungen gesamt	3626	1740	1247
davon Gelbfieber	379	294	325
Internationale Impfausweise ausgestellt	301	164	89
Zweitimpfausweise ausgestellt	18	17	9
Gesundheits- und Infektionsschutz			
Erfasste meldepflichtige übertragb. Krankh. n. IfSG	2127	1380	1636
Ermittlungen gem.§25(1) IfSG (Infektionsschutzges.)	2644	2277	2595
Hygienekontrollen	422	390	881
Kommunalhygiene			
Hygienekontrollen, Besichtigungen, Abnahmen	1472	1172	1236
Bürgerberatungen zu kommunalhyg. Problemen	891	882	650
Probenentnahmen Trink- und Badewasser	1666	1292	886
Jugend- und Schulärzte			
Untersuchungen von Schülern und Vorschülern	9211	7415	2805
Überweisungen (Empfehlungen) an andere Fachbereiche auf Grund von erhobenen Befunden und Impflücken	6499	4142	1620
Impfungen (Injektionen)	.	.	331

Ausgewählte Leistungen	2002	2003	2004
Zahnärztlicher Dienst			
Teilnehmer Reihenuntersuchungen	7928	11126	10758
Überweisungen zur Behandlung	2039	3704	2931
Überweisungen zum Kieferorthopäden	1331	2421	1340
Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst			
Klientenberatungen, Konsultationen (incl. telefon.)	1936	1856	1652
Falldiskussionen (Anzahl der Fälle)	387	417	340
Gutachten (ärztliche und psychologische)	165	133	159
Beratungstelle für Schwangere/ Mutter und Kind			
Beratungen	2461	2566	2457
Bescheinigungen §219 StGB	207	258	231
Anzahl Kurse/Teilnehmer	211/3859	180/3413	101/1766
Begutachtungswesen d. Sozialmedizinischen Dienstes			
Neuzugänge	1131	1286	1123
Gutachten, ärztl. u. psychologische Untersuchung	1024	1212	957
Sozialmedizinischer Dienst			
Beratungen gesamt (incl. telefonisch)	12259	11166	10767
Sozialpsychiatrischer Dienst			
Unterbringungen nach PsychKG gesamt	331	288	317
Gutachten	393	466	434
Beratungen gesamt (incl. telefonisch)	3874	3295	3995
Lebensmittelüberwachung			
Zahl der kontrollierten Betriebe	2409	2734	2057
Zahl der Betriebe mit Verstößen	1065	1496	1208
Pilzberatung durch ehrenamtliche Pilzsachverständige	32	119	134
dabei aussortierte Giftpilze	117	604	353
Veterinärwesen			
Tollwutabklärungen	32	41	49
Überwachung von Tierhaltungen (Kontrollen)	321	399	391
Tieraufnahmen im Tierheim	1641	1504	1523